

Hermann Oberth: Kakokratie. Der Weltfeind Nr. 1 (1976)

Eine kritische Buchbesprechung unter besonderer Berücksichtigung der Vorschläge zur Überwindung der Kakokratie



Prof. Hermann Oberth war ein in Hermannstadt geborener Siebenbürger Sachse. Seiner Landsmannschaft blieb er sein Leben lang treu. Bild: Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1961, Wikipedia gemeinfrei.

Der Raumfahrtpionier als Gesellschaftskritiker

Hermann Oberth (1894–1989), einer der Begründer der wissenschaftlichen Raumfahrt, beschäftigte sich neben seinen naturwissenschaftlichen Arbeiten auch mit grundlegenden Fragen der menschlichen Gesellschaft und ihrer politischen Ordnung. In seiner 1976 im Uni-Verlag Dr. Roth-Oberth in Feucht erschienenen Schrift „Kakokratie. Der Weltfeind Nr. 1“ untersucht Oberth die Ursachen einer Erscheinung, die er für eine der schwerwiegendsten Gefahren der Menschheit hält: die systematische Begünstigung moralisch ungeeigneter Menschen beim Aufstieg in gesellschaftliche und politische Führungspositionen.

Das schmale, 33 Textseiten umfassende Büchlein ist weniger eine wissenschaftliche Untersuchung im engeren Sinne als vielmehr eine politische Streitschrift. Es

verbindet gesellschaftsphilosophische Betrachtungen mit historischen Beispielen, persönlichen Erfahrungen und teilweise ungewöhnlichen Reformvorschlägen.

Die zentrale Fragestellung lautet: Warum gelangen Menschen, die sich durch Skrupellosigkeit, Eigennutz und mangelnde Gewissenhaftigkeit auszeichnen, häufig leichter in Machtpositionen als solche, die durch Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und Gemeinsinn geprägt sind?

Oberth beschränkt sich jedoch nicht auf die Beschreibung dieses Problems. Den eigentlichen Schwerpunkt seiner Schrift bilden Überlegungen darüber, wie sich die Kakokratie überwinden oder zumindest in ihrer Wirkung einschränken ließe.

Bemerkenswert ist dabei die Vielfalt seiner Ansätze. Sie reichen von der Stärkung kleinräumiger politischer Selbstverwaltung über die Wiederbelebung aristokratischer Prinzipien bis zur Gründung einer besonderen Vereinigung charakterlich geeigneter Menschen. Hinzu kommen Vorschläge zur Verbesserung der Rechtspflege, zum Einsatz technischer Verfahren zur Wahrheitsprüfung und zur politischen Aufklärung der Bevölkerung.

Gerade diese Verbindung von moralischer Gesellschaftskritik, institutionellen Reformvorstellungen und technischem Fortschrittsoptimismus macht die Schrift zu einem bemerkenswerten Dokument politischen Denkens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Wesen und Ursachen der Kakokratie

Oberth leitet den Begriff Kakokratie von den griechischen Wörtern kakós (schlecht) und kratein (herrschen) ab. Er bezeichnet damit die Herrschaft der Schlechten.

Ausgangspunkt seiner Argumentation ist eine Beobachtung, die er bereits auf der einleitenden Seite seiner Schrift formuliert:

„Im Leben stehen einem anständigen Charakter so und so viele Wege offen, um vorwärts zu kommen. Einem Schuft stehen bei gleicher Intelligenz und Tatkraft auf dem gleichen Platz diese Wege auch alle offen, daneben aber auch noch andere, die ein anständiger Kerl nicht geht.“

Aus dieser Ungleichheit der verfügbaren Mittel ergibt sich nach Oberth ein systematischer Vorteil des gewissenlosen Menschen. Während sich der anständige Mensch durch moralische Grundsätze selbst beschränkt, kann der Skrupellose auch auf Lüge, Intrige, Bestechung und Täuschung zurückgreifen.

Oberth spricht deshalb von einer negativen charakterlichen Auslese. Je höher die gesellschaftliche Stellung, desto größer könne unter bestimmten Bedingungen der Anteil charakterlich ungeeigneter Personen werden.

Eine besondere Bedeutung misst er dabei dem Umstand bei, dass gesellschaftliche Macht häufig mit der Möglichkeit verbunden ist, über den Aufstieg anderer Menschen zu entscheiden. Wer selbst durch zweifelhafte Methoden erfolgreich geworden ist, wird möglicherweise solche Personen bevorzugen, die ihm ähnlich sind oder von ihm abhängig bleiben. So entsteht ein sich selbst verstärkender Mechanismus.

Oberth betrachtet diese Entwicklung keineswegs als eine Besonderheit demokratischer Systeme. Die Kakokratie kann nach seiner Auffassung unter ganz unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Ordnungen auftreten. Weder Kapitalismus noch Sozialismus, weder Demokratie noch autoritäre Herrschaft bieten von sich aus einen sicheren Schutz.

Besonders eindringlich wird seine Argumentation dort, wo er die Folgen der Kakokratie für die internationale Politik behandelt. Kriege und politische Katastrophen erscheinen ihm vielfach als Ergebnisse einer Herrschaft, die von Machtstreben, Eitelkeit und persönlichem Ehrgeiz bestimmt wird.

Das Kantonsystem als Mittel gegen die Kakokratie

Zu den ersten institutionellen Reformvorschlägen Oberths gehört die Stärkung kleinräumiger politischer Selbstverwaltung nach dem Vorbild der Schweizer Kantone.

Oberth geht davon aus, dass die Kakokratie in großen politischen Einheiten besonders günstige Entfaltungsmöglichkeiten besitzt. Je größer und unübersichtlicher ein Gemeinwesen wird, desto schwieriger ist es für die Bevölkerung, die persönlichen Eigenschaften und das tatsächliche Verhalten ihrer Führungspersonlichkeiten zu beurteilen.

In kleineren politischen Gemeinschaften dagegen kennen sich die Menschen häufig unmittelbar. Die öffentliche Kontrolle ist stärker, und die persönliche Verantwortlichkeit politischer Amtsträger tritt deutlicher hervor.

Oberth verweist auf die Schweiz als Beispiel einer politischen Ordnung, in der föderale Strukturen und kantonale Selbstverwaltung zur Begrenzung politischer Macht beitragen können. Dabei sieht er durchaus, dass sich dieses Modell nicht ohne Weiteres auf größere Staaten übertragen lässt. Eine starke Zergliederung könne die politische Handlungsfähigkeit beeinträchtigen.

Dennoch hält er die Verteilung politischer Macht auf kleinere, überschaubare Einheiten für ein wirksames Mittel gegen die Konzentration gesellschaftlicher Herrschaft. Seine Überlegung berührt damit einen klassischen Gedanken der politischen Philosophie: Macht soll möglichst dort ausgeübt werden, wo sie durch die Betroffenen selbst kontrolliert werden kann.

Gegenmodell

Überraschend ist Oberths positive Auseinandersetzung mit aristokratischen Herrschaftsformen. Er verweist darauf, dass die historische Aristokratie unter bestimmten Voraussetzungen einen Schutz gegen die Herrschaft charakterlich ungeeigneter Personen bieten könne.

Sein Gedankengang beruht auf der Vorstellung, dass eine gesellschaftliche Führungsschicht, deren Mitglieder nicht ständig um ihre Stellung kämpfen müssen, weniger Anlass haben könnte, sich durch rücksichtslose Konkurrenzmethoden zu behaupten.

Zudem könne eine über Generationen entwickelte Standesethik bestimmte Vorstellungen von Ehre, Verantwortung und Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwesen hervorbringen.

Oberth idealisiert die Aristokratie allerdings nicht uneingeschränkt. Er erkennt, dass auch eine erbliche Führungsschicht degenerieren und ihre ursprünglichen Pflichten vernachlässigen kann.

Sein Interesse gilt weniger der Wiederherstellung historischer Adelsprivilegien als vielmehr der Frage, ob gesellschaftliche Strukturen geschaffen werden können, in denen die charakterliche Eignung der Führungspersonlichkeiten stärker berücksichtigt wird.

Dabei berührt er ein grundlegendes Problem jeder politischen Ordnung: Wie lässt sich verhindern, dass die Auswahl der Regierenden vor allem durch Ehrgeiz und persönliche Durchsetzungsfähigkeit bestimmt wird? Der aristokratische Gedanke bietet darauf nur eine unvollkommene Antwort. Denn die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Familie oder gesellschaftlichen Schicht gewährleistet keineswegs moralische Integrität.

Die Rechtspflege und der Schutz vor Machtmissbrauch

Ein weiterer Abschnitt der Schrift widmet sich der Rechtspflege. Oberth sieht in einer funktionierenden Rechtsordnung ein wesentliches Mittel zur Begrenzung der Kakokratie. Wo Rechtssicherheit fehlt und wirtschaftlich oder politisch Mächtige ihre Interessen gegenüber Schwächeren durchsetzen können, werden gerade jene Verhaltensweisen begünstigt, die den Aufstieg gewissenloser Menschen fördern.

Er kritisiert insbesondere die Möglichkeit, dass die Anwendung des Rechts von gesellschaftlicher Stellung, finanziellen Mitteln oder persönlichen Beziehungen beeinflusst wird.

Seine Betrachtungen sind von der Überzeugung getragen, dass eine Rechtsordnung nicht nur formale Gleichheit gewährleisten, sondern auch tatsächlich gegen den Missbrauch gesellschaftlicher Macht schützen müsse.

Hier zeigt sich ein wichtiger Unterschied zwischen moralischer und institutioneller Bekämpfung der Kakokratie. Während die moralische Strategie darauf abzielt, bessere Menschen in Führungspositionen zu bringen, soll die institutionelle Strategie verhindern, dass schlechte Menschen ihre Macht ungehindert ausnutzen können.

Dieser zweite Ansatz erscheint besonders tragfähig. Denn selbst wenn es nicht gelingt, ausschließlich integre Persönlichkeiten für politische und gesellschaftliche Führungsaufgaben zu gewinnen, können unabhängige Gerichte und wirksame rechtliche Kontrollen den Schaden begrenzen, den gewissenlose Amtsträger verursachen.

Der Freybund: Oberths wichtigster organisatorischer Reformversuch

Den umfangreichsten und historisch interessantesten Teil seiner Reformüberlegungen bildet die Darstellung des sogenannten Freybundes.

Oberth berichtet hier von einem Versuch, eine Vereinigung zu schaffen, die sich ausdrücklich der Förderung charakterlich geeigneter Menschen und der Bekämpfung der Kakokratie widmen sollte.

Die Idee ging auf den Schriftsteller Heinrich Nienkamp zurück, der unter dem Pseudonym Heinrich Kamp mehrere Schriften veröffentlicht hatte und der auch eine praktische Ausführung versuchte, dabei aber scheiterte.

Der Freybund sollte Menschen zusammenführen, die sich durch Verantwortungsbewusstsein, persönliche Integrität und die Bereitschaft auszeichneten, für das allgemeine Wohl einzutreten. Sein Ziel bestand darin, eine gesellschaftliche Gegenkraft gegen jene Personen und Gruppen zu schaffen, die ihre Stellung vor allem durch Rücksichtslosigkeit und persönliche Machtinteressen behaupteten.

Die Organisation des Freybundes

Oberth schildert ein mehrstufiges Organisationsmodell. Die Mitglieder sollten sich zunächst in örtlichen Gruppen zusammenschließen. Diese wiederum sollten übergeordnete Verbände bilden.

Die Führungspositionen sollten nicht durch bloße Selbsternennung oder persönliche Machtansprüche besetzt werden, sondern durch gründliche Auswahlverfahren, die eine möglichst zuverlässige Beurteilung der charakterlichen Eignung ermöglichen sollten.

Oberth verbindet damit die Hoffnung, dass sich durch gegenseitige Kenntnis und wiederholte Auswahlverfahren eine Führungsschicht herausbilden könnte, deren Mitglieder nicht nur über organisatorische Fähigkeiten, sondern auch über moralische Integrität verfügen.

Das Modell erinnert in gewisser Hinsicht an ein indirektes Wahlsystem, bei dem die Mitglieder zunächst diejenigen Personen auswählen, deren Charakter und Fähigkeiten sie aus eigener Erfahrung beurteilen können. Gerade dieser Gedanke verdient Beachtung.

In modernen Massendemokratien entscheiden Wähler häufig über Persönlichkeiten, die sie ausschließlich aus den Medien kennen. Die tatsächlichen charakterlichen Eigenschaften dieser Menschen sind für den einzelnen Wähler nur schwer feststellbar. Oberths Organisationsmodell sollte diesen Nachteil durch eine stufenweise Auswahl auf der Grundlage persönlicher Bekanntschaft verringern.

Die Gründe des Scheiterns

Besonders aufschlussreich ist, dass Oberth den Freybund nicht als erfolgreiches Modell präsentiert. Vielmehr berichtet er ausführlich über Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen, die schließlich zum Scheitern des Unternehmens beitrugen.

Dabei werden persönliche Gegensätze, organisatorische Schwächen und unzureichende Mittel sichtbar. Gerade darin liegt eine gewisse Tragik: Eine Organisation, die der Bekämpfung charakterlicher Fehlentwicklungen dienen sollte, konnte sich selbst nicht vollständig von menschlichen Schwächen und persönlichen Konflikten freihalten.

Oberth zeigt sich von diesem Misserfolg enttäuscht, hält jedoch am Grundgedanken fest. Die organisierte Zusammenarbeit anständiger Menschen bleibt für ihn eine notwendige Voraussetzung zur Überwindung der Kakokratie.

Die Geschichte des Freybundes besitzt damit eine über den konkreten Einzelfall hinausgehende Bedeutung. Sie demonstriert zugleich die Möglichkeiten und die Schwierigkeiten einer politischen Bewegung, die ihre Legitimation aus dem Anspruch besonderer moralischer Eignung ableitet.

Der Lügendetektor als technisches Mittel gegen die Kakokratie

Zu den ungewöhnlichsten Vorschlägen Oberths gehört der Einsatz des Lügendetektors. Hier tritt der Naturwissenschaftler und Techniker besonders deutlich hervor.

Oberth geht davon aus, dass die Fähigkeit zur Täuschung einen wesentlichen Vorteil gewissenloser Menschen darstellt. Könnte man diesen Vorteil durch technische Verfahren verringern, so ließe sich möglicherweise auch die negative charakterliche Auslese abschwächen.

Er beschäftigt sich deshalb mit der Frage, ob die Wahrhaftigkeit von Personen, die öffentliche Verantwortung übernehmen wollen, durch geeignete Untersuchungen überprüft werden könnte.

Der Gedanke besitzt innerhalb seiner Theorie eine klare Logik. Wenn der Aufstieg schlechter Menschen wesentlich dadurch begünstigt wird, dass sie ihre tatsächlichen Absichten verbergen können, müsste die Entlarvung von Täuschungen einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Kakokratie leisten.

Oberth erhofft sich von technischen Verfahren der Wahrheitsprüfung deshalb eine Verbesserung der gesellschaftlichen Auswahlmechanismen. Allerdings erscheint dieser Vorschlag aus heutiger Sicht besonders problematisch.

Polygraphische Untersuchungen beruhen auf der Messung körperlicher Reaktionen, die unter anderem durch Angst, Erregung und psychische Belastung hervorgerufen werden können. Sie ermöglichen keine sichere Unterscheidung zwischen Wahrheit und Lüge.

Darüber hinaus könnte die Verwendung solcher Verfahren bei der Auswahl politischer Amtsträger erhebliche Probleme für die persönliche Freiheit und den Schutz der Privatsphäre aufwerfen. Ein politisches System, das den Zugang zu öffentlichen Ämtern von technischen Wahrheitsprüfungen abhängig machte, liefe Gefahr, neue Formen der Kontrolle und des Machtmissbrauchs hervorzubringen.

Damit zeigt sich eine grundsätzliche Grenze von Oberths Ansatz: Moralische Integrität lässt sich nicht ohne Weiteres technisch feststellen.

Oberth selbst sah diese Mängel durchaus, hielt es aber für denkbar, dass diese durch den technischen Fortschritt beseitigt werden könnten.

Politische Aufklärung und Mund-zu-Mund-Propaganda

Neben organisatorischen und technischen Maßnahmen misst Oberth der politischen Aufklärung große Bedeutung bei. Er verwendet hierfür ausdrücklich den Begriff der Mund-zu-Mund-Propaganda.

Gemeint ist die unmittelbare Weitergabe politischer Erkenntnisse und Überzeugungen im persönlichen Gespräch.

Oberth geht davon aus, dass die etablierten Kommunikationsmittel selbst unter dem Einfluss der Kakokratie stehen können. Wer über politische Macht und wirtschaftliche Ressourcen verfügt, besitzt häufig auch erhebliche Möglichkeiten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung.

Deshalb erscheint ihm die persönliche Überzeugungsarbeit als ein Mittel, mit dem sich solche Abhängigkeiten zumindest teilweise umgehen lassen.

Menschen sollen im unmittelbaren Austausch lernen, die Mechanismen der Kakokratie zu erkennen und sich gegen die Manipulation durch charakterlich ungeeignete Führungspersönlichkeiten zu wehren.

Dabei kommt der allgemeinen Bildung eine wesentliche Rolle zu. Je besser die Bevölkerung in der Lage ist, politische Zusammenhänge zu verstehen und die Glaubwürdigkeit öffentlicher Aussagen zu beurteilen, desto geringer wird die Gefahr, dass sie sich von Demagogen und machtbewussten Opportunisten täuschen lässt.

Oberths Überlegungen erscheinen insofern bemerkenswert aktuell, als auch moderne Gesellschaften vor dem Problem stehen, zwischen sachlicher Information und gezielter Manipulation unterscheiden zu müssen.

Allerdings darf nicht übersehen werden, dass auch persönliche Überzeugungsarbeit zur Verbreitung falscher Vorstellungen eingesetzt werden kann. Die bloße Unabhängigkeit von etablierten Medien garantiert keineswegs die Wahrheit einer Aussage. Entscheidend bleibt deshalb die Fähigkeit zur kritischen Prüfung von Informationen.

Die Grenzen von Oberths Reformkonzeption

Die verschiedenen Vorschläge Oberths lassen sich auf zwei grundlegende Strategien zurückführen.

Die erste besteht darin, die gesellschaftlichen Auswahlmechanismen so zu verändern, dass charakterlich geeignete Menschen bessere Aufstiegsmöglichkeiten erhalten. Hierzu gehören insbesondere der Freybund und die Überlegungen zu alternativen Formen politischer Führungsauswahl.

Die zweite Strategie zielt darauf ab, die Wirkung der Kakokratie durch institutionelle und gesellschaftliche Gegenkräfte zu begrenzen. Hierzu zählen die Stärkung kleinräumiger Selbstverwaltung, die Verbesserung der Rechtspflege und die politische Aufklärung.

Beide Strategien besitzen unterschiedliche Voraussetzungen. Die erste setzt voraus, dass sich moralische Integrität einigermaßen zuverlässig erkennen lässt. Die zweite versucht, auch unter der Annahme menschlicher Unvollkommenheit funktionsfähige politische Strukturen zu schaffen.

Gerade die erste Voraussetzung erscheint problematisch. Denn die Unterscheidung zwischen guten und schlechten Menschen ist keineswegs so eindeutig, wie Oberths Ausgangsthese gelegentlich nahelegt.

Ein Mensch kann in bestimmten Bereichen gewissenhaft und verantwortungsbewusst handeln, während er in anderen Situationen eigennützige oder rücksichtslose Entscheidungen trifft.

Auch die moralische Selbstgewissheit einer Organisation bietet keinen Schutz vor Machtmissbrauch. Im Gegenteil kann der Anspruch, ausschließlich die Guten zu vertreten, dazu führen, dass Kritik an der eigenen Führung als Angriff auf die gemeinsame Sache betrachtet wird.

Damit könnte gerade eine Organisation zur Bekämpfung der Kakokratie selbst kakokratische Züge entwickeln.

Die überzeugendere Konsequenz aus Oberths Überlegungen dürfte deshalb darin bestehen, nicht allein auf die Auswahl moralisch geeigneter Persönlichkeiten zu vertrauen, sondern zugleich institutionelle Sicherungen gegen den Missbrauch politischer Macht zu schaffen.

Mit dem Problem der Kakokrokratie griff Oberth ein wohl zeitloses Phänomen menschlicher Gesellschaften auf. Der Kern der Frage bleibt, wie man charakterlich und moralisch einwandfreie Menschen in politische Führungspositionen bringt. Da der Mensch sich in seinem Wesen nicht ändert, werden auch die Schwierigkeiten beim Erreichen dieses Ziels nicht verschwinden.

Das Buch stellt gerade deshalb eine anregende und originelle Lektüre dar.

Karl M. Richter



Oberth, Hermann: Kakokratie. Der Weltfeind Nr. 1. Feucht: Uni-Verlag Dr. Roth-Oberth, 1976, 33 S. Das Heft ist antiquarisch erhältlich.